
Arbeitsgruppe 1: Einheitsgewerkschaft – Integrationsleistung und neue Herausforderungen*



Michael Fichter: Die Entstehung des DGB Weichenstellungen 1945 bis 1955

Dr. Michael Fichter, geb. 1946 in Ohio/USA, Studium der Geschichte an der Stanford University/USA und der Politikwissenschaft an der FU Berlin, ist wissenschaftlicher Angestellter des Otto-Suhr-Instituts der FU Berlin.

Der Begriff „Einheitsgewerkschaft“ prägt die Organisationsgeschichte der deutschen Gewerkschaften wie kein anderer. Im Kaiserreich und in der Weimarer Republik noch nicht verwirklicht, verkörpert er das Ziel der Gewerkschaften, Solidarität und Durchsetzungsvermögen zu organisieren.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges stand das Ziel der Einheitsgewerkschaft als allumfassendes Organisationsprinzip im Mittelpunkt gewerkschaftlichen Handelns. Einheit war aber kein organisatorischer Selbstzweck. Dominierend war der Zusammenhang zwischen dem Vorhaben, den politischen Richtungsstreit zu beenden, und dem gesellschaftspolitischen Ziel der demokratischen Neuordnung. Durch Mitbestimmung und Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum sollte die politische Demokratie gefestigt und den Arbeitnehmern ihr Anteil am wirtschaftlichen Erfolg gesichert werden. Diese organisatorischen und programmatischen Kernpunkte stellten den gewerkschaftlichen Grundkonsens für die Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung dar. Mit anderen Worten: Das Einheitsbestreben setzte sich aus einer klaren politischen und organisatorischen Zielsetzung zusammen. Welche Weichenstellungen sind für die Herausbildung der Einheitsgewerkschaft DGB nach 1945 entscheidend?

* Die Arbeitsgruppe wurde moderiert von Hans-Otto Hemmer, Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“

Erste Weichenstellung: Besatzungsmächte und gewerkschaftliche Organisationsaufbau

Anfangs war der Gewerkschaftsaufbau eindeutig von nachrangiger Bedeutung für die Besatzungsmächte in den Westzonen. Durch das Verbot politischer Betätigung und das Versammlungsverbot wurde das politische Ziel der deutschen Gewerkschafter, so rasch wie möglich eine nationale Organisationsstruktur zu errichten, blockiert. Nach den Vorgaben der Westalliierten sollten demokratische Verfahrensweisen in potentiellen Massenorganisationen wie Gewerkschaften von unten nach oben geübt werden, um die demokratische Legitimation aller Funktionsträger zu gewährleisten und den weit verbreiteten zentralistischen Organisationsvorstellungen der Bevölkerung entgegenzuwirken. In dieser Weise übten die Besatzungsmächte erheblichen Einfluss auf die Machtposition der Gewerkschaften beim politischen Wiederaufbau aus. Des Weiteren sehe ich eine durch die Besatzungsmächte induzierte Weichenstellung darin, dass sie mit ihren stufenweisen Kontrollen Barrieren gegen zentralistische Bestrebungen in der Organisationsentwicklung errichten wollten. Dennoch, die Drosselung des Aufbautempos durch die Besatzungsmächte hat das demokratietytische Ziel nur bedingt erreicht. Eine Machtkonzentration von oben nach unten in den Einzelgewerkschaften konnte sich dennoch durchsetzen.

Zweite Weichenstellung: Die Entwicklung der Industriegewerkschaft zur Grundlage der Einheitsgewerkschaft

Dass es letztendlich nicht zur Bildung einer zentralistischen Einheitsgewerkschaft kam, lag nicht allein am Widerstand der Besatzungsmächte. Aus den lokalen Einheitsgewerkschaften von 1945/46 hatten sich in wenigen Jahren starke Einzelgewerkschaften, Branchengewerkschaften, herausgebildet, die nicht nur das Negativbeispiel des FDGB vor Augen hatten, sondern im wohlverstandenen Eigeninteresse eine Vormachtstellung für den neuen Bund ablehnten. Die programmatischen Ziele Mitbestimmung, Wirtschaftsdemokratie und Gemeineigentum wurden in den neuen Satzungsaufgaben des Bundes nicht verankert. Und die Beitragssätze der Einzelgewerkschaften für den Bund wurden deutlich reduziert. Damit war das noch heute prägende Verhältnis zwischen dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften schon beim Gründungskongress des DGB festgelegt. Und nach der Niederlage beim Betriebsverfassungsgesetz 1952 waren die programmatischen Ziele der Neuordnung - der gewerkschaftspolitische Hauptgrund für einen starken DGB - auch realpolitisch vom Tisch. Mit der Konzentration auf Tarif- und Lohnpolitik verlagerte sich das gewerkschaftspolitische Zentrum endgültig zu den Einzelgewerkschaften.

Seit den fünfziger Jahren haben vor allem die großen Einzelgewerkschaften im DGB alle Reformvorschläge zur Stärkung des Bundes blockiert. Die Mehrheit argumentierte mit Otto Brenner, je stärker die Einzelgewerkschaften seien, umso stärker werde auch der DGB. Zumal der Nutzen und die demokratische Legitimation einer solchen Zentralisierung immer wieder angezweifelt wurden. Branchenübergreifende Aufgaben werden, ohne den DGB einzuschalten, oft von den Einzelgewerkschaften mit weiteren branchenspezifischen Erfordernissen gebündelt und zu einem Rezept für den jeweils eigenen Organisationsbereich als Industriepolitik verarbeitet. Und mit den vollzogenen und geplanten Fusionen der jüngsten Zeit entstehen Gewerkschaftsorganisationen, die sich Kompetenzen aneignen und Personal in einem Ausmaß einsetzen, mit dem der DGB nicht konkurrieren kann.

Dritte Weichenstellung: Die Herausbildung der Industriegewerkschaft im Betrieb (ein Betrieb - eine Gewerkschaft)

Ohne vorherige Absprache über den örtlichen Rahmen hinaus wurden vor allem in den Ballungsgebieten unmittelbar nach dem Krieg Einheitsorganisationen als Industriegewerkschaften gebildet, d.h. alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, alle Berufszweige, alle politischen und weltanschaulichen Richtungen zusammen. Gemessen an der Vielzahl der Gewerkschaftsverbände vor 1933 war diese organisatorische Zusammenfassung weniger Industriegewerkschaften ein großer Fortschritt. Damit schufen die DGB-Gewerkschaften eine stabile, konfliktarme und solidarische Mitgliederstruktur auf Branchenebene. Gegenüber dem Konfliktpartner Arbeitgeber setzte dieser Organisationsaufbau den Maßstab für die Gestaltung der Tarifautonomie und die Durchsetzung des Flächentarifvertrages. Und die breite Akzeptanz der Einheitsgewerkschaft DGB und der Industriegewerkschaften verhinderte die Entstehung von Konkurrenzorganisationen - mit einer großen Ausnahme.

Vierte Weichenstellung: Der DGB und die Angestellten

Nach der Entscheidung für das Industriegewerkschaftsprinzip in den Westzonen erwies sich die Organisationsfrage der Angestellten als das umstrittenste Problem für die Verwirklichung der Einheitsgewerkschaft. Die Anhänger des Industriegewerkschaftsprinzips bestanden darauf, Arbeiter, Angestellte und Beamte in einer Gewerkschaft zu organisieren. Dagegen setzten die Anhänger von Angestelltengewerkschaften ihr eigenes Einheitsziel, nämlich alle Angestellten in einer Gewerkschaft zu vereinen. Diese Weichenstellung, nämlich die Gründung der DAG 1949 für die drei Westzonen außerhalb des DGB, hat die Angestelltenfrage in den Gewerkschaften seit fünfzig Jahren geprägt. Welche Strategie die richtige war, DGB oder DAG, scheint heute kaum von Bedeutung zu sein. Wichtiger ist die betrübliche Feststellung, dass weder die DGB-Gewerkschaften noch die DAG von sich behaupten können, sie hätten Angestellte mit Erfolg organisiert. Heute stellt sich die Angestelltenfrage noch dringender und komplexer dar als je zuvor. Und ihre Lösung wird für die Organisationsentwicklung der Gewerkschaften entscheidend sein.

Fünfte Weichenstellung: Gewerkschaften und Betriebsräte

Auf betrieblicher Ebene wollten die Gewerkschaften durch die Wiedereinsetzung von Betriebsräten an die Strukturen des Weimarer Systems der arbeitsteiligen Dualvertretung anknüpfen. Die Betriebsräte sollten für die Interessenvertretung am Arbeitsplatz, die Gewerkschaften für die allgemeine politische sowie für die sozial- und tarifpolitische Interessenvertretung außerhalb des Betriebes zuständig sein. Die Gewerkschaften traten für die gesetzliche Absicherung der Betriebsräte im Sinne des Betriebsrätegesetzes der Weimarer Republik ein, weshalb sie den Rahmencharakter des ersten Betriebsratsgesetzes nach 1945, des Alliierten Gesetzes Nr. 22 von April 1946, sowie die Mitbestimmungsregelung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 als ungenügend betrachteten, um den betrieblichen Einfluss auf die wirtschaftsdemokratischen Ziele der Gewerkschaften abzusichern.

Das duale System Industriegewerkschaft - Betriebsrat erwies sich als äußerst stabil und produktiv für das deutsche Modell der Regelung von Arbeitsbeziehungen. Zugleich hat diese

Aufgaben- und Zuständigkeitstrennung zu Schwächen geführt, die vor allem in den vergangenen zehn Jahren deutlicher geworden sind. Die Gewerkschaftsführungen überließen den Betriebsräten die Betriebsarbeit und entwickelten keine strategische Vorstellung davon, wie sie ihre Mitgliederbasis für die Gewerkschaftsziele mobilisieren könnten. Das ist wohl für die innergewerkschaftliche Willensbildung stabilisierend, aber im Ergebnis förderten sie mit diesem Dualismus eine Entpolitisierung der Betriebe. Und hier liegen vielleicht auch die Ursachen für das schwierige Verhältnis der Gewerkschaften zu Arbeitslosen.

Sechste Weichenstellung: Das parteipolitische Kräfteverhältnis in den Gewerkschaften

Die Frage der angemessenen Vertretung der politischen Richtungen in den Gewerkschaftsvorständen in den Westzonen wurde anfangs nicht gestellt. Hans Böckler hat immer ganz deutlich von der Verbundenheit *aller* gesprochen. Erst mit der Bildung der SED in der sowjetischen Zone im Frühjahr 1946 und der anschließenden Unterwerfung des FDGB unter die SED-Ziele nahmen die Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in den Westzonen um die parteipolitische Betätigung in den Gewerkschaften zu. Die sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften wehrten den Versuch der KPD erfolgreich ab, eine parteipolitisch geleitete Einflussnische innerhalb der Gewerkschaften einzurichten. Auch hier folgte die Einheitsgewerkschaft der nationalen Spaltung.

Mit dem Abrücken der CDU von den gewerkschaftlichen Neuordnungsvorstellungen ab 1949 verschärfte sich auch die Gegensätze zwischen Sozial- und Christdemokraten in den Gewerkschaften. Sie hielten nach der Gründung der Bundesrepublik an und beeinflussten die Gewerkschaftspolitik, beispielsweise in der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz, den Schumannplan und die Wiederbewaffnung. Die Spannungen konnten erst nach den heftigen Auseinandersetzungen um die Wahlaussage des DGB zur Bundestagswahl 1953 weitgehend beseitigt werden. Damit erhielten der DGB und seine Gewerkschaften ihre politische Ausrichtung als große Koalition unter sozialdemokratischer Führung.

Heute stellt sich für mich die Frage nach der Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei, aber auch die Frage, wer die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den Volksparteien vertritt und wie die Gewerkschaften dabei ihren Einfluss geltend machen könnten.

Fazit

Die zusammenhängende doppelte Zielsetzung der Gewerkschaften, nach Kriegsende eine zentrale Einheitsgewerkschaft und dann später eine Einheitsgewerkschaft in den Industriegewerkschaften zu bilden und die Neuordnung der Wirtschaft durchzusetzen, musste schon bald aufgegeben werden. Aber der eingeschlagene Weg zur Bildung von starken Industriegewerkschaften im Bunde erwies sich als tragfähig und für die Integration und Anerkennung bestens geeignet. Weil sich die Gewerkschaften nicht nur als Interessenvertreter einer jeweiligen Mitgliedsgruppe von Produktionsarbeitern, sondern als Anwalt der arbeitenden bzw. der arbeitswilligen Massen verstanden, machten sie sich im Sinne eines organisierten gesamtgesellschaftlichen Aufbaus so notwendig, dass sie auf politischem Gebiet hohe For-

derungen an die politische Führung und die anderen gesellschaftlichen Kräfte stellen konnten. Das hat Lutz Niethammer schon 1975 geschrieben, und ich glaube, das ist auch für heute eine ganz wichtige Feststellung.